



Bezirksverband Weser-Ems e. V.

Resolution des AWO Bezirksverbandes Weser-Ems e.V.

Vorstandsbeschluss vom 30.03.2010

Gesundheit. Solidarisch für alle.

Solidarität und eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung für alle statt Individualisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen – das sind die Kernforderungen der AWO Weser-Ems an ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem.

Gesundheit ist mehr als das Fehlen von Krankheit – die AWO Weser-Ems will, dass jeder Mensch, ungeachtet seiner sozialen und kulturellen Herkunft, die gleichen Chancen auf ein Leben in physischer und psychischer Gesundheit erhält.

Die solidarische Absicherung der Lebensrisiken Krankheit und Pflegebedürftigkeit in gesetzlich solidarische Non-Profit-Versicherungen für alle Menschen ist eine wesentliche Voraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Denn sie trägt zu einem würdigen Leben und Altern, zu einer guten Lebensqualität, zu gesellschaftlichem Wohlstand und damit zum sozialen Frieden bei.

Gesundheit! Solidarische Bürgerversicherung statt ungerechter Kopfpauschalen

Die AWO Weser-Ems fordert die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für alle. Diese muss neben den paritätisch geleisteten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen aus abhängiger Beschäftigung endlich alle Einkommensarten in die Finanzierung des Gesundheitssystems einbeziehen. Angesichts der demografischen Entwicklung und veränderter Erwerbsbiografien müssen alle nach Höhe ihres Einkommens zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme beitragen. Wohlhabene dürfen sich nicht mehr dem Solidarsystem entziehen.

Als ersten Schritt zur Erreichung der solidarischen Bürgerversicherung fordert die AWO Weser-Ems, bereits jetzt die Private Krankenversicherung (PKV) in den Gesundheitsfonds einzubeziehen. Die ergänzende finanzielle Ausstattung des Gesundheitsfonds aus Steuermitteln, insbesondere zur Stabilisierung der Beiträge, ist sinnvoll und erforderlich. Kopfpauschalen, auch in Form kassenindividueller Zusatzbeiträge, lehnt die AWO Weser-Ems ebenso kategorisch ab wie Sonderbeiträge für Versicherte. Schon heute wird einkommensschwachen Menschen der Zugang zu speziellen Leistungen der medizinischen Versorgung versagt – die Entwicklung zu einem Drei-Klassen-System muss gestoppt werden.

Gesundheit! – Investition in die Zukunft

Mit einem Umsatz von 260 Milliarden Euro und mit 4,3 Millionen Beschäftigten ist die Gesundheitswirtschaft eine der stärksten Branchen in Deutschland. Auf Grund der Personalintensität der Erbringung sozialer Dienstleistungen werden hier wichtige Impulse für einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt gesetzt. Auch durch die stetige konzeptionelle Weiterentwicklung der Branche sind die Wachstumspotenziale enorm. Doch nur durch solidarisch finanzierte Versicherungssysteme kann Qualität auf hohem Niveau für alle Menschen nachhaltig gewährleistet werden.

Gesundheit! – Endlich die Pharmaindustrie in die Pflicht nehmen

Die Bundesregierung muss die Pharmaindustrie verbindlich verpflichten, notwendige Einsparungen im Arzneimittelbereich u. a. durch vertragliche Bildung von Medikamentenpreisen vorzunehmen. Den Pflegeeinrichtungen muss endlich der Zugang zu Klinikrabatten gesetzlich ermöglicht werden. Auch eine Positivliste, etwa nach dem Beispiel skandinavischer Länder, ist ein Instrument, um die Versicherten vor überzogenen Arzneimittelkosten zu schützen. Um allen Menschen echte und evidenzbasierte Innovationen zur Verfügung stellen zu können, fordert die AWO Weser-Ems die Stärkung der Kosten-Nutzen-Analyse und die Bewahrung der Unabhängigkeit des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG).

Gesundheit! Patientenrechtegesetz erforderlich

Die AWO Weser-Ems fordert ein Patientenrechtegesetz, das die Qualitätssicherung und Patientensicherheit im Behandlungsprozess stärkt. Die individuellen Pflichten und Rechte im Arzt-Patientenverhältnis, Haftungsfragen sowie die Rechte gegenüber den Leistungsträgern müssen geregelt werden. Eine unabhängige Patientenberatung muss flächendeckend etabliert werden.

Gesundheit! Präventionsgesetz sichert Vorsorge von Anfang an

Eine zentrale Aufgabe des Sozialstaats ist der Ausgleich sozialer Unterschiede bei Gesundheitschancen und Lebenserwartung. Prävention spart Folgekosten und sichert mehr Lebensqualität - das gilt für die Gesundheitserziehung von Kindern ebenso wie für die Vorsorge im Alter. Besondere Beachtung ist der Früherkennung und Behandlung von Demenz zu widmen. Konkrete Angebote sollen die eigenen Beteiligungsmöglichkeiten an der Prävention fördern. Eine Gesellschaft, die die "Rente mit 67" einführt, muss gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen auch in den Dialog der Tarifparteien einbeziehen.

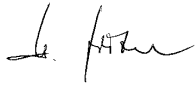
Gesundheit! Konzepte gegen den drohenden Pflegekollaps

Mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz 2008 wurden wichtige Grundlagen für die Zukunft guter Pflege gelegt, doch müssen die Reformen stetig weiterentwickelt und konsequent umgesetzt werden. Die Bürgerversicherung muss auch für die Absicherung des Pflegerisikos eingeführt werden - dabei wird bei gleichen Versicherungs-, Leistungs- und Beitragsrechten von privat und gesetzlich Pflegeversicherten die Zusammenführung dieser Systeme in der Finanzierung angestrebt.

Die AWO Weser-Ems unterstützt das vom Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs erarbeitete Konzept einer neuen Definition der Pflegebedürftigkeit. Dieses muss nun zügig durch den Gesetzgeber umgesetzt werden, um die in der Pflegeversicherung verankerten Hilfen passgenauer auf die individuellen Bedürfnisse ausrichten zu können. Unter Beteiligung von Ländern und Kommunen

müssen die „Hilfen vor Ort“ weiterentwickelt und besser vernetzt werden, damit pflegebedürftige Menschen möglichst lange in der eigenen Häuslichkeit bleiben können.

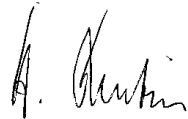
Auf dem Pflegemarkt herrscht unter den Anbietern ambulanter und stationärer Pflege ein massiver Wettbewerb, der die Löhne seit Jahren nach unten drückt. Für ein qualitativ hochwertiges Pflegeangebot ist es aus Sicht der AWO Weser-Ems von zentraler Bedeutung, dass tariflich ausgehandelte Löhne in den Pflegesatzverhandlungen berücksichtigt werden. Im Interesse der Pflegebedürftigen sowie der bundesweit rund 900.000 Beschäftigten in der Pflegebranche hat die AWO federführend den Mindestlohn in der Pflege auf den Weg gebracht.



Dr. Harald Groth
(Vorsitzender)



Dr. Lothar Knippert
(stellv. Vorsitzender)



Hermann Bontjer
(stellv. Vorsitzender)